

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

www.duh.de, www.globalnature.org

1|2024



Die Mär von grünen Kraftstoffen

**Trauer um Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender der DUH**



Fotos: Ulrike Bodenstein-Dresler (l), Reschke (r)



Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler



Burkhard Jäkel

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir trauern um Harald Kächele. 23 Jahre stand er als ehrenamtlicher Vorsitzender des Vorstands an der Spitze der Deutschen Umwelthilfe – nun ist der engagierte Umweltschützer und Professor für Umweltökonomie im Alter von 61 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben. Die DUH hat ihm viel bedeutet und wir haben ihm viel zu verdanken.

Sie alle sind ihm begegnet, wenn nicht persönlich, dann doch verlässlich an dieser Stelle, im Editorial der DUHwelt. Harald hatte nicht nur die Fähigkeit, zu begeistern, als hochkommunikativer Mensch verstand er es, zu vermitteln – sowohl sein Wissen als auch zwischen unterschiedlichen Interessen. Erfahren Sie mehr darüber, wie er die Entwicklung der DUH zu einer durchsetzungsstarken Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation geprägt hat. Wegbegleiterinnen und -begleiter teilen ihre Erinnerungen in diesem Magazin.

Harald Kächele hinterlässt eine große Lücke. Uns hat er mit auf den Weg gegeben, unseren Einsatz für den Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas genauso kraftvoll wie in den vergangenen Jahren weiterzuführen. Dass wir das tun, sehen Sie in dieser Ausgabe.

Wir machen Druck für wirksamen Umwelt- und Klimaschutz und entlarven die angepriesenen Spritalternativen wie E-Fuels und biogene Kraftstoffe als Verbrenner-Greenwashing. Es sind Scheinlösungen, die verhindern, dass der Verkehr tatsächlich vom fossilen Tropf loskommt. Wir werden nicht müde, Konzerne und die Politik mit unseren Klimaklagen in die Verantwortung zu nehmen. Nicht zuletzt nutzen wir unsere Netzwerke und unser Know-how, um sowohl hierzulande wie auch international die großen Aufgaben im Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz anzugehen.

Wie unserem verstorbenen Freund und Vorsitzenden Harald Kächele bedeutet es uns viel, Sie an unserer Seite zu wissen.

Im Namen des Vorstands der DUH

Ihr

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Stellvertretender Vorsitzender

Ihr

Burkhard Jäkel
Stellvertretender Vorsitzender

Editorial

Auf ein Wort 2

Aktuell

Endlich Saubere Luft in München 4

Impressum 4

Wir streiten für das Glyphosatverbot 5

Goldener Geier: Kämpfen Sie mit uns gegen dreiste Umweltlügen 5

Titel

Verbrenner-Greenwashing – die Nebelkerzen der Öl- und Autoindustrie 6

Geschönte Begriffe wie „Biokraftstoff“ und „Öko-Sprit“ verschleiern die wahren Fakten rund um Agro- und HVO-Kraftstoffe oder E-Fuels. Wir erklären die Hintergründe und nennen Lösungen für eine echte Mobilitätswende.

In Zahlen

Alternative Kraftstoffe im Faktencheck 10

Nachruf

Der Umweltschutz-Begeisterter 12

Trauer um unseren Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Harald Kächele

Themen

Wir klagen für verlässlichen Klimaschutz 18

Flüssigerdgas-Terminals: Überflüssig und ein Klimarisiko 20

Fordern Sie mit uns: „Monster-SUV raus aus meiner Stadt!“ 22

Machen Sie mit bei DUHinAktion! 22

Sonnenturbo mit viel Luft nach oben 23

Volle Kraft voraus für Mehrweg 24

Steuergelder für Verpackungswahnsinn 24

Wir machen Deutschland fit für den Otter 26

Unsere Tier-Patenschaften bei Stiftung Warentest: Einfach ausgezeichnet! 28

Bedrohte Wildnis im Herzen Europas 30
Der GNF ruft zu Schutzanstrengungen für das Stettiner Haff auf.

Fotos: imago/Thomas Imo/photothek (o), Heidi Scherm (M), Kletr/stock.adobe.com (u. l.), Pixabay, Mat Breiten (u. r.)



Titel:
Dabarti/stock.adobe.com,
Heidi Scherm

Endlich Saubere Luft in München: Erfolg vor Gericht



Dank einer Klage ist es uns gemeinsam mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD gelungen, die Stadt München zur Ausdehnung der Dieselfahrverbote auf Euro 5 Fahrzeuge zu zwingen. Mitte März verurteilte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Stadt wegen anhaltender Überschreitung der Luftschadstoffgrenzwerte für das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO₂) zum schnellstmöglichen Nach-

bessern des Luftreinhalteplans.

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sagt: „Die BMW-Welthauptstadt München ist die schmutzigste Stadt Deutschlands. Seit 14 Jahren sind die Menschen hier gesundheitsschädlichen Stickstoffdioxid-Belastungen ausgesetzt. Dies ist das Ergebnis einer Kumpanei der Autokonzerne mit der Staatsregierung, die zu einer jahrelangen Blockadehaltung

in den höchsten politischen Entscheidungsebenen des Landes Bayern und der Stadt München führte.“

In dem seit 2012 andauernden Rechtsstreit um Saubere Luft hatten sich der VCD, die DUH und die Landeshauptstadt München 2022 auf einen Vergleich geeinigt, dessen Herzstück das dreistufige Konzept für Dieselfahrverbote ist. Dem folgend beschloss der Münchner Stadtrat eine Fortschreibung des Luftreinhalteplans mit entsprechenden Maßnahmen. Doch am 28. September 2023, kurz vor der bayerischen Landtagswahl, setzte er eine Abschwächung des Stufenplans für Dieselfahrverbote in Kraft und kündigte damit den Vergleich mit VCD und DUH einseitig auf. Deshalb haben die beiden Verbände im Oktober 2023 erneut Klage eingereicht.

Um die bayerische Anti-Luftreinhaltepolitik zu durchleuchten, hat die DUH zudem Akteneinsicht erstritten. Rund 150.000 Seiten der brisanten Akten belegen über Jahre hinweg wiederholte Weisungen politischer Entscheidungsträ-



Jürgen Resch,
Bundesgeschäftsführer

ger der Regierung von Oberbayern und des Staatsministeriums für Umwelt an ihre Fachbeamten, rechtskräftige Gerichtsurteile zu ignorieren und Dieselfahrverbote oder andere geeignete Maßnahmen zu verweigern.

Als Folge geht Resch von hunderten vorzeitigen Todesfällen und tausenden Erkrankungen in München aus, die die Bayerische Staatsregierung oder die Stadt zu verantworten haben. „Die NO_x-Files belegen: Den Behauptungen des Freistaats Bayern vor Gericht, wonach Dieselfahrverbote weder rechtlich möglich noch sachlich notwendig seien, haben die eigenen Beamten vehement und wiederholt widersprochen.“ (jk)

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch
 ■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ **Autorinnen und Autoren:** Dolores Birk (db), Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler, Maria Boness, Johanna Büchler (jb), Peer Cyriacks (pcy), Kathrin Anna Frank, Christin Hildebrandt (ch), Burkhard Jäkel, Franziska Lange (fla), Jens Pape, Kerstin Podere (kp), Milena Pressentin (mp), Luis von Randow (lvr), Jürgen Resch, Dorothee Saar, Eva Schellenbeck (es), Anna Schuer (as), Sabrina Schulz (sas), Carolin Schwartau (cas), Christoph Störmer (cs), Nora Wacker (nw), Matthias Walter (mw), Katharina Wolf (kw), Ulrike Voß, Rupert Wronski (rw) ■ **Gestaltung:** Andrea Gugau

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues ■ **Anzeigen:** Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2024 ■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier ■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** SozialBank Köln | IBAN: DE45370205000008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

Goldener Geier: Kämpfen Sie mit uns gegen dreiste Umweltlügen

Etwa einen Monat lang haben Verbraucherinnen und Verbraucher Unternehmen, Produkte oder Dienstleistungen nominiert, bei denen sie eine besonders dreiste Umweltlüge wittern. Aus den eingereichten Vorschlägen stellt die DUH ab dem 21. Mai 2024 die Kandidatinnen und Kandidaten für den Goldenen Geier online zur Abstimmung.

Mit ihrem Schmähprijs macht die DUH jedes Jahr auf Greenwashing von Unternehmen aufmerksam, die zwar Klima-, Umwelt- oder Naturschutz versprechen, aber nachweisbar der Umwelt schaden. „Ob angeblich klimaneutrale Kreuzfahrtenreisen oder sogenannte ‚Kreislaufflaschen‘, die aus

Einweg-Plastik bestehen: Mit dem Geschäftsmodell Greenwashing verdienen Hersteller und Dienstleister Milliarden. Während Firmen mit klima- und umweltschädlichen Produkten hohe Gewinne erzielen, zocken sie Verbraucherinnen und Verbraucher ab und senken deren Vertrauen in wirklich grüne Produkte. Das können wir gemeinsam stoppen“, so DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz. Unternehmen sollen durch den Preis dazu bewegt werden, ökologisch nachhaltige Produkte auf den Markt zu bringen und diese ehrlich zu bewerben.

Die Wirkung des Goldenen Geiers zeigt das Beispiel Nestlé: 2019 erhielt der Lebensmittel-

konzern den Schmähprijs für das aus Frankreich importierte und mehrfach in Einweg-Kunststoff verpackte Mineralwasser Vittel. 2022 nahm der Konzern dieses Produkt schlussendlich in Deutschland und Österreich vom Markt.

Die öffentliche Übergabe des Goldenen Geiers ist für Juli 2024 geplant. (ak)



Stimmen Sie ab!

Wer soll den Preis für die dreiste Umweltlüge des Jahres erhalten?

Stimmen Sie ab dem
21. Mai 2024
online ab:



l.duh.de/goldenergeier2024

Wir streiten für das Glyphosatverbot

Die DUH und die Aurelia-Stiftung haben die Bundesregierung aufgefordert, das Anwendungsverbot für das Herbizid Glyphosat beizubehalten. Sie beziehen sich auf einen Referentenentwurf des Landwirtschaftsministeriums für eine Verordnung, der vorsieht, dieses Verbot zu streichen. Hierbei behauptet das Ministerium, es müsste die Zulassungen für hochgiftige Pestizide mit Glyphosat verlängern, weil die EU die Genehmigung des Wirkstoffs verlängert hätte. Dagegen zeigen die beiden Verbände in einer fachlich-juristischen Stellungnahme drei rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten auf, wie



Pestizide schaden Bienen und anderen blütenbesuchenden Insekten. Als Breitbandherbizid vernichtet Glyphosat deren Nahrungsgrundlage.

ein nationales Glyphosatverbot auch nach der Entscheidung der EU-Kommission aufrechterhalten bleiben kann. Sie werfen Bundeslandwirtschaftsminister

Özdemir vor, sich der Agrochemie-Lobby zu beugen und das im Koalitionsvertrag vereinbarte Anwendungsverbot ohne Not streichen zu wollen.

Bereits im Januar hatte sich die DUH dem Rechtsverfahren der Bienenstiftung Aurelia gegen die EU-Kommission wegen der für zehn Jahre gültigen Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung für Glyphosat angeschlossen und angekündigt, im Falle der erwarteten Ablehnung des Antrags vor dem Europäischen Gericht Klage zu erheben. Aus Sicht der Verbände hatte die europäische Zulassungsbehörde den umweltschädlichen Herbizidwirkstoff trotz unzureichender Risikobewertung und erheblicher Datenlücken erneut genehmigt. (jk)

Verbrenner-Greenwashing – die Nebelkerzen der Öl- und Autoindustrie

■ von Johanna Büchler

Agrosprit, HVO-Kraftstoff, E-Fuels: Die Liste „alternativer“ Kraftstoffe, mit denen Verbrennerautos angeblich klimaverträglich unterwegs sein können, ist lang. Dahinter stehen fossile Konzerne und Autoindustrie, die am Status quo bestens verdienen. Ihr Ziel: Mobilität soll abhängig bleiben von Öl und Verbrennungsmotor. Die DUH klärt auf in Sachen Verbrenner-Greenwashing und kämpft für eine echte Verkehrswende.



webmetix.de/stock.adobe.com

Jahrzehntlang hat die fossile Industrie die von ihr verursachte Klimakrise abgestritten. Mittlerweile sind die Auswirkungen der Erderhitzung so offensichtlich, dass man sich mit Klimaleugnung nicht mehr blicken lassen kann. Aber die Desinformationskampagnen gehen weiter. Heute ist die fossile Strategie, klimaschädliche Technologien als Beitrag zum Klimaschutz zu verkaufen. Paradebeispiel: der Verbrennungsmotor.

Klimaschutz und Verbrennungsmotor – das ist ein Widerspruch. Aber eine Armee von fossilen Lobbyisten arbeitet jeden Tag daran, Politik und Gesellschaft das Gegenteil einzureden. Ihre Botschaft lautet: Wir müssen nur den Kraftstoff wechseln. Als Ersatz für fossiles Benzin und Diesel propagieren sie eine ganze Palette angeblich klimaverträglicher Alternativ-Kraftstoffe für Verbrennerautos. Von „Biokraftstoff“, „Öko-Sprit“ und „Klima-Diesel“ ist die Rede, und oft wird bewusst im Unklaren gelassen, was genau sich dahinter verbirgt. Die Bundesregierung spielt mit, Verkehrsminister Volker Wissing macht sich seit Amtsantritt massiv für solche Kraftstoffe stark.

Die DUH kämpft seit Jahren gegen das Verbrenner-Greenwashing und die Täuschung von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Was steckt hinter diesen Kraftstoffen und warum handelt es sich um Scheinlösungen?

Grundsätzlich gibt es zwei Typen nicht-fossiler Kraftstoffe: Biogenen Sprit aus pflanzlichen oder tierischen Stoffen und synthetischen Sprit, der mit Hilfe von Strom hergestellt wird.

Agrokraftstoffe befeuern Flächenfraß und Klimakrise

Zur ersten Gruppe gehört der Agrosprit, der aus Pflanzen wie Soja, Raps und Getreide hergestellt wird. Als „Biokraftstoff“ beworben wird er europaweit seit über 15 Jahren dem fossilen Diesel und Benzin in kleinen Dosen beigemischt, an der Tankstelle erkennbar an Labeln wie E5, E10 und B7.



Die Ölindustrie ist der große Profiteur der Debatten um vermeintliche Kraftstoffalternativen: Unsere Abhängigkeit von Verbrennungsmotor und fossilem Öl wird damit zementiert.



HVO-Kraftstoff wird unter anderem aus den Überresten geschlachteter Schweine hergestellt. Das stützt indirekt das System der industriellen Massentierhaltung.



Die Produktion von Agrosprit heizt den globalen Flächenfraß an und befeuert so die Klimakrise. Seit Jahren landet immer mehr Sojaöl aus Brasilien in deutschen Autotanks.

Sprit aus Pflanzen klingt grün, ist in Wahrheit aber eine Katastrophe für Mensch, Klima und Natur. Denn Energie aus Pflanzen zu gewinnen, ist extrem ineffizient: Es braucht riesige Anbauflächen, um kleine Mengen Kraftstoff herzustellen. Für den hierzulande getankten Agrosprit sind rund um den Globus fast 1,9 Millionen Hektar belegt – eine Fläche größer als Sachsen. Viele Anbauflächen liegen im Ausland: Sojaplantagen in Brasilien, Rapsfelder in Australien, Getreideäcker in Ungarn.

Wenn ganze Landstriche für die Spritproduktion blockiert sind, treibt das einerseits die Lebensmittelpreise in die Höhe – was den Hunger in ärmeren Ländern verschärft – und heizt andererseits den globalen Flächenfraß an – was Naturzer-

störung bedeutet. Das ist dann auch fürs Klima fatal: Natürliche Ökosysteme wie Wälder oder Moore speichern viel Kohlenstoff. Werden sie zerstört und in Ackerflächen umgewandelt, entweichen große Mengen klimaschädliches CO₂ in die Atmosphäre. Klimabilanzen zeigen: Agrokraftstoffe verursachen durch ihren hohen Flächenverbrauch mehr Emissionen als sie einsparen und sind noch klimaschädlicher als fossiler Kraftstoff.

8.800 tote Schweine für einen Transatlantikflug

Politik und Industrie beteuern seit Jahren, dass künftig statt extra angebauter Pflanzen verstärkt „biogene Rest- und Abfall-

stoffe“ für die Spritproduktion eingesetzt werden sollen. Volker Wissing hat durchgesetzt, dass sogenannter HVO100-Kraftstoff an deutschen Tankstellen verkauft werden darf. Schon vor Verkaufsstart wird er als „Klima-Diesel“ beworben und wurde dafür 2023 von der DUH für den Goldenen Geier, unseren Schmähprijs für die dreisteste Umweltlüge, nominiert.

Was steckt hinter „Hydrotreated Vegetable Oil“, kurz HVO-Kraftstoff? Häufig wird er aus gebrauchtem Speiseöl hergestellt. Das alte Frittenfett aus der hiesigen Gastronomie reicht jedoch nur für sehr kleine Mengen, weshalb Deutschland längst von Importen aus Asien abhängig ist. Altes Speiseöl um den halben Globus zu schippen, um es dann hier als Sprit in Autos zu



verbrennen, ist weder klimafreundlich noch nachhaltig. Außerdem ist es eine Einladung für Betrug: Beim importierten „Altspeiseöl“ handelt es sich vermutlich des Öfteren um umetikettiertes frisch produziertes Palmöl.

Ein anderer beliebter Rohstoff für HVO-Kraftstoff sind die Überreste geschlachteter Tiere. Auch der Flugverkehr soll nach dem Willen der Politik künftig solchen Kraftstoff nutzen. Aber um Tier-Kerosin für nur einen einzigen Flug von Paris nach New York herzustellen, braucht man 8.800 tote Schweine. Das ist eine absurde Menge.

E-Fuels für den Straßenverkehr sind eine Fata Morgana

Bleibt der synthetische Sprit. Der Verkehrsminister behauptet, dass Verbrennerautos mit solchem E-Fuel demnächst klimaverträglich fahren können und hat deshalb das Verbrenner-Aus der EU aufgeweicht.

Fakt ist: E-Fuels werden nirgendwo kommerziell produziert. Von den angekündigten Anlagen sind 99 Prozent nicht sicher finanziert – und selbst wenn alle gebaut würden, wäre die E-Fuel-Menge nicht einmal ausreichend, um zwei Prozent des heutigen fossilen Kraftstoffverbrauchs in der weltweiten Schifffahrt zu ersetzen. Dass E-Fuels für Autos verfügbar sein werden, ist völlig illusorisch.

Die Herstellung von E-Fuels ist extrem teuer und ressourcenintensiv. Zunächst muss aus Wasser mit Hilfe von Ökostrom Wasserstoff hergestellt werden, dann mit riesigen Saugern – die gar nicht kommerziell erhältlich sind – CO₂ aus der Luft gefiltert werden. Und schließlich muss aus Wasserstoff und CO₂ flüssiges E-Fuel synthetisiert werden. Der ganze Prozess geht mit horrenden Energieverlusten einher.

Da hilft es auch nicht, die E-Fuel-Produktion in arme Länder im Globalen Süden auszulagern. Ökostrom ist überall knapp und kostbar, und jedes Land muss zunächst seine eigene Energiewende bewältigen. Die

Statt Kraftstoff-Scheinlösungen zu propagieren, muss die Bundesregierung endlich die Mobilitätswende voranbringen.

Gefahr ist groß, dass vorhandener Ökostrom von der ineffizienten E-Fuel-Produktion gekapert und dafür andernorts wieder verstärkt fossiler Strom genutzt wird. Den Schaden fürs Klima hat man dann vergrößert statt verkleinert.

Ein Ablenkungsmanöver der fossilen Industrie

Gewinner der Kraftstoff-Märchen sind Öl- und Autoindustrie, die bestens am Verbrennungsmotor verdienen. Für sie ist die Debatte um Agrosprit, E-Fuels und Co. eine Win-win-Strategie: Es entsteht der Anschein von Klimaschutz – ohne dass der Verkehr tatsächlich vom fossilen Tropf loskommt. Es wird diskutiert, was im Verbrennungsmotor verheizt wird und kaum in Frage gestellt, dass Mobilität von Verbrennung abhängig bleibt. So sollen eine echte Mobilitätswende und der nötige Verbrennerausstieg verhindert und unsere Abhängigkeit von fossilem Öl zementiert werden.

Wir kämpfen für eine echte Mobilitätswende!

Wir müssen uns schleunigst aus dem Qualm der fossilen Nebelkerzen befreien. Es gibt keinen grünen Kraftstoff für 48 Millionen deutsche Verbrenner-Pkw. Statt Greenwashing zu betreiben, muss die Politik zukunftsfähige Mobilität ermöglichen, die unsere Lebensgrundlagen erhält – durch eine grundlegende Mobilitätswende, die uns aus der Autoabhängigkeit befreit, die Pkw-Zahl halbiert und den Umstieg auf Fuß, Fahrrad, Bus und Bahn einfach und attraktiv macht. Der unvermeidliche Rest-Anteil an Straßenverkehr lässt sich effizient mit sparsamen Elektrofahrzeugen bestreiten.

Mit unseren Klimaklagen haben wir bereits erwirkt, dass die Bundesregierung für ihre rechtswidrige Klimapolitik im Verkehr verurteilt wurde. Wir kämpfen weiter gegen Greenwashing und für echte Lösungen! ■



Dr. Johanna Büchler,
Senior Expert Klimaschutz
im Verkehr



Fotos: © Rainer Fuhrmann/stock.adobe.com (l. u.), Klein/DUH (r. u.)

Alternative Kraftstoffe im Faktencheck

Immer wieder wird behauptet, dass es – neben der **E-Mobilität** – umweltverträgliche Kraftstoffalternativen zum fossilen Diesel und Benzin gebe. **Agrokraftstoff** aus Pflanzen kommt schon seit vielen Jahren zum Einsatz, **Wasserstoff** ist in aller Munde und neuerdings werden auch sogenannte **E-Fuels** heiß diskutiert, teils mit abenteuerlichen Argumenten. Doch wer die Zahlen und Fakten kennt, weiß: Alle drei bieten für den Straßenverkehr keine nachhaltigen Lösungen. Die fossile Industrie bringt viele Falschinformationen in Umlauf, die die öffentliche Diskussion verzerren. Damit räumen wir auf!

Lebensmittel im Tank

Pro Tag werden allein in der EU etwa **10.000 Tonnen Weizen** zu Kraftstoff verarbeitet. Hinzu kommen große Mengen anderer Getreidearten sowie Speiseöl. In Autotanks landen so täglich:



Quelle: Transport & Environment, 2022

Produktion von Agrosprit ist extrem ineffizient

So weit reicht die Energie, die auf **1 Hektar Land** für Pkw-Fahrten erzeugt werden kann:



Quelle: Thünen-Institut, 2023

Biogene Abfallstoffe sind nur eine Nischenlösung

Politik und Industrie behaupten häufig, dass Sprit künftig aus „biogenen Rest- und Abfallstoffen“ (z. B. Bioabfall, Stroh, altem Speiseöl, Überresten geschlachteter Tiere) hergestellt werden kann. Aber diese Stoffe gibt es nur in sehr kleinen Mengen. Sie können bestenfalls 1 Prozent des Kraftstoffverbrauchs im gesamten Verkehr abdecken.



Quelle: Umweltbundesamt, 2019

Schweinerei im Flugverkehr

Als Rohstoff für die sogenannten „nachhaltigen Flugkraftstoffe“ dienen häufig die **Überreste geschlachteter Tiere** (meist euphemistisch „tierische Fette“ genannt). Wer damit fossiles Kerosin im Flugverkehr ersetzen will, kommt nicht weit. Um genug **Tier-Kerosin für einen einzigen one way-Flug von Paris nach New York** herzustellen, braucht man

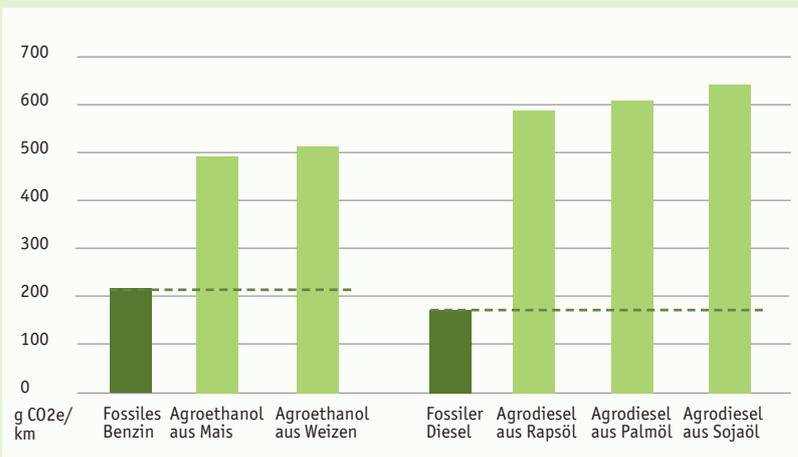
8.800
tote Schweine.



Quelle: Transport & Environment, 2023

Kraftstoffe vom Acker schaden dem Klima noch mehr als fossile

Natürliche Ökosysteme speichern Kohlenstoff. Werden sie von Monokulturen aus Soja, Raps und Co. verdrängt, entweicht viel CO₂ in die Atmosphäre. Durch diesen Effekt haben Agrokraftstoffe eine katastrophale Klimabilanz. Trotzdem fördert die Bundesregierung Agrosprit als „klimafreundlich“.



Quelle: Publikation im Fachjournal „Nature“ von Searchinger et al., 2018

Energieverschwendung: Wasserstoff oder E-Fuels im Straßenverkehr

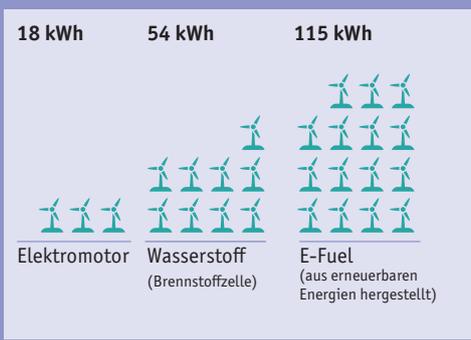
Die Produktion von Wasserstoff und erst recht von E-Fuels braucht extrem viel Strom.

- Der muss aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt werden, um klimaverträglich zu sein.
- Während der Umwandlungsschritte bei der Produktion geht ein Großteil der eingesetzten Energie verloren.
- Ein elektrisches Fahrzeug nutzt den Strom um ein Vielfaches effizienter.

Quelle: Bundesumweltministerium, 2019

Strombedarf von E-Fahrzeugen, Brennstoffzellenfahrzeugen (= Wasserstofffahrzeugen) und mit E-Fuel betriebenen Verbrennern

So viel Strom wird benötigt, um jeweils **100 km** mit dem Pkw zurückzulegen.



Tausende von Windrädern für ein bisschen E-Fuel

Um **30 Petajoule (PJ)** E-Fuel zu produzieren, müssten in Deutschland **2.300 bis 2.900** zusätzliche Windräder an Land aufgestellt werden. 30 PJ E-Fuel würden nicht einmal für **1,5 %** des heutigen Kraftstoffbedarfs im Straßenverkehr reichen.



Quellen: Öko-Institut, 2020; AG Energiebilanzen, 2023

E-Fuels für den Straßenverkehr? Illusorisch.

E-Fuels sind nicht kommerziell verfügbar. Weltweit gibt es nur ein paar wenige Demonstrationsanlagen. Heute angekündigte Produktionsanlagen sind zu **99 %** nicht sicher finanziert. Selbst wenn sie alle gebaut würden, deckt ihre Produktionskapazität in 2035 nicht einmal **2 %** des derzeitigen fossilen Kraftstoffverbrauchs **der weltweiten Schifffahrt**. Außerdem: Die Herstellungskosten für E-Fuel werden aktuell im Schnitt auf 3,85 Euro pro Liter geschätzt. Zum Vergleich: Für fossile Kraftstoffe liegen sie zwischen 60 und 70 Cent pro Liter.



Quellen: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, 2023; IEA, 2023; Agora Verkehrswende, 2023

Wasserstoff frisst knappe Wasser-Ressourcen

Um **1 kg** grünen Wasserstoff zu produzieren, werden **10 bis 20 Liter gereinigtes Wasser** gebraucht. Deutschland will künftig Wasserstoff aus Ländern mit Wasserknappheit importieren, etwa Namibia, Marokko und Saudi-Arabien. Für die Wasserstoffproduktion müssen große Meerentsalzungsanlagen gebaut werden. Meerentsalzung benötigt viel Energie und schädigt die lokalen Ökosysteme.



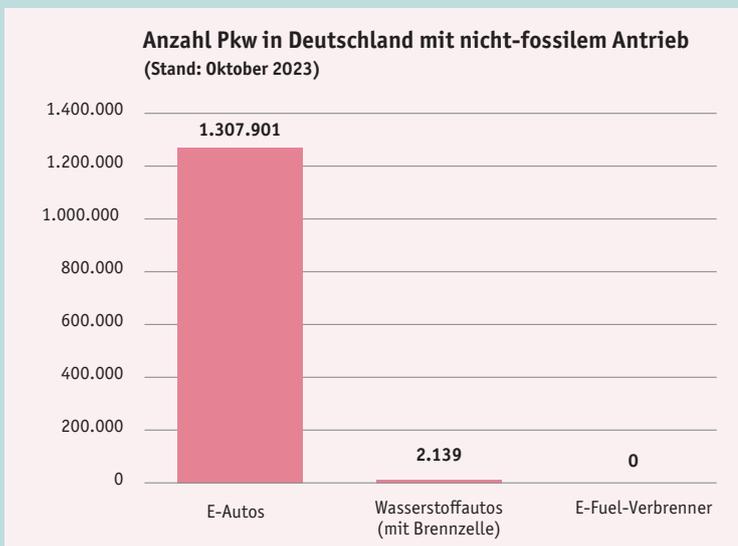
Quelle: Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, 2021



E-Antrieb liegt weit vorne

Der batterieelektrische Antrieb hat sich bei Pkw längst als die Technologie der Zukunft durchgesetzt: E-Autos sind marktreif, verfügbar und haben einen deutlichen CO₂-Vorteil gegenüber Verbrennern. Wasserstoffautos mit Brennstoffzelle sind deutlich teurer und kaum verfügbar. E-Fuels kann man nirgendwo tanken.

Quelle: Kraftfahrtbundesamt, November 2023





Der Umweltschutz-Begeisterter

Mehr als 20 Jahre stand Harald Kächele als Vorsitzender des Bundesvorstands an der Spitze der Deutschen Umwelthilfe. Ende Februar ist er nach schwerer Krankheit mit nur 61 Jahren verstorben. Ein Nachruf auf einen Menschen, der viel bewegt hat und Erinnerungen von sieben Wegbegleiterinnen und -begleitern aus ganz unterschiedlichen Perspektiven.

Er steht auf der Bühne und strahlt. Das Mikrofon locker in der Hand. „Das, was ihr hier bewegt, was wir gemeinsam bewegen, das ist einfach beeindruckend“, ruft er seinem Publikum zu. An diesem sonnendurchfluteten Sommertag 2023 in Nürnberg hören ihm die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Umwelthilfe sehr aufmerksam zu. Seine Energie, seine Ideen und sein Elan stecken sie an auf ihrer Versammlung. Dass Harald Kächele so begeistern konnte, war eine seiner herausragendsten Fähigkeiten. Er konnte Menschen inspirieren, zog sie mit

seinem Enthusiasmus in den Bann. Und er hörte ihnen wirklich zu – mit Souveränität auf der Bühne, engagiert in Diskussionsrunden und persönlichen Gesprächen, stets interessiert am Menschen. Er wertschätzte die Meinungen der anderen und er machte keinen Unterschied, ob sie von einer Ministerin kam oder vom jungen Studierenden oder Praktikanten. Denn ihm ging es immer darum, den besten Weg zu finden, etwas zu bewegen, etwas durchzusetzen für Natur, Umwelt, Klima und Menschen. Sein Einsatz für genau diese Dinge prägte sein ganzes Leben. »

»Wir müssen jetzt klug entscheiden!« An diesen Satz werden sich alle Vorstandsmitglieder erinnern, wenn sie an Harald als Vorsitzenden der DUH denken. Er setzte sein Vertrauen in die unterschiedlichen Kompetenzen der Menschen, mit denen er in der DUH zusammen arbeitete beziehungsweise den Verband weiterentwickelte – im Vorstand, der Geschäftsführung, mit den Mitarbeitenden.

Seinem Vater erläuterte er seine Tätigkeit in der DUH scherzhaft mit der Metapher „Ich arbeite in der Wirtschaft.“ Denn er führte viele intensive Gespräche bei Treffen im Restaurant, was sich nach seiner Erfahrung als erfolgreich herausgestellt hatte, oder aber bei Spaziergängen.

Bei seiner Vorstellung zur Wahl zum Vorsitzenden 2001 sagte er, dass er sein Amt als Organisationsentwickler in der Verbandsszene verstehe. Mit jährlichen Strategiesitzungen, intensiven Diskussionen zu den Rollen und Aufgaben von Haupt- und Ehrenamt und den sich daraus ergebenden strukturellen Weiterentwicklungen des Verbandes formte Harald Kächele die „moderne“ DUH.

Seine Geborgenheit in seiner Familie, seine Begeisterung und seine ungebrochene Freude an den erkennbaren Erfolgen der Arbeit in der DUH sowie seine Anteilnahme an den privaten und persönlichen Seiten seiner Kolleginnen und Kollegen trugen ihn bis in seine letzten Stunden.«

Wir vermissen ihn schmerzlich.



Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler und Burkhard Jäkel,
langjährige Kollegen im Vorstand der DUH



Ob souverän auf der Bühne, inspirierend als Redner beim UmweltMedienpreis, engagiert in Diskussionen oder zugewandt im persönlichen Gespräch – Harald Kächele begeisterte und zog Menschen in seinen Bann:
Jürgen Trittin (2001), Mitte links
Claudia Kemfert und Luisa Neubauer (2022), Mitte rechts
Angelika Zahrnt und Klaus Töpfer (2013), unten links
Robert Habeck (2014), unten rechts

Fotos: DUH/Robert Lehmann (o. M.r.), Steffen Holzmann (u.l.), Sebastian Pfitze (u.r.)

Harald Kächele wurde am 19. August 1962 in Tailfingen (Baden-Württemberg) geboren. Schon früh wurde sein Interesse für Umwelt- und Naturthemen geweckt. Und er machte daraus Berufung wie auch Beruf. Seinem Studium zum Agraringenieur folgte der Zivildienst beim BUND Landesverband Niedersachsen. Er erarbeitete dort Positionen zur Gentechnik in der Landwirtschaft – bis hinauf zur EU-Ebene. Den Umweltorganisationen blieb er auch danach immer treu, im Ehrenamt. Und der Themen nahm er sich in seinem Job als Wissenschaftler ebenso an. Seit 1992 forschte er am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg und promovierte an der Universität Hohenheim zu den Auswirkungen großflächiger Naturschutzprojekte auf die Landwirtschaft. Seine Expertise wurde geschätzt. Davon zeugen nicht zuletzt sein stellvertretender Vorsitz des Naturschutzbeirates des Landes Brandenburg oder seine Berufung in den Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege des Landes Berlin. Ein einschneidender Schritt war im Jahr 2000 der Ruf an die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) als Professor für Umweltökonomie.

Die Arbeit an der Hochschule in der Lehre war kein Zufall. Das Finden von Talenten, das Feuer entfachen und das auf den Weg bringen junger Menschen war ihm wichtig. Darin war er einfach gut. Er konnte andere nicht nur für die Sache begeistern, er konnte sie dann auch leiten. „Er war für mich ein Mentor und in vielem ein Vorbild“, fasste es in diesen Tagen ein inzwischen selbst sturmerprobter Umweltschützer zusammen. Dieses Anleiten als Mentor gelang ihm bei seinen Doktoranden genauso wie beim Nachwuchs im Ehrenamt und den Mitarbeitenden in den Organisationen, die er prägte. Organisationen wie den BUND Berlin, dessen Ehrenvorsitzender er zuletzt war, wie die Tropenwaldstiftung OroVerde, deren Stiftungsrat er vorstand. Und natürlich wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH).»

»Harald Kächele wurde im Jahr 2000 – im Rahmen einer gemeinsamen Berufung mit dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg – auf die Professur Umweltökonomie am Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz berufen. Seine Kompetenzen, sein Erfahrungs- und Gestaltungswissen, aber auch sein Organisationsgeschick brachte er „klug und unprätentiös“ – zwei Begriffe, die er gerne verwendet hat – in unterschiedlichsten Kontexten ein; etwa auch bei der Etablierung des berufsbegleitenden Masterprogrammes „Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement“. Wir verlieren mit Harald Kächele nicht nur einen engagierten Hochschullehrer und international tätigen Forscher, sondern auch einen lieben Kollegen, der mit einem Augenzwinkern und viel Optimismus an der Hochschule und in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit die Welt jeden Tag ein bisschen besser machen wollte. Wir vermissen ihn sehr!«



Jens Pape, Dekan (2011-2021), Professor und Kollege an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und im Vorstand der DUH

»Als ich 2006 zur DUH kam, war Harald schon da. Ich hatte ihn zuvor in unserer gemeinsamen Zeit im Vorstand des BUND Berlin kennengelernt und schon dort seine positive und zielorientierte Haltung und seinen ansteckenden Humor schätzen gelernt. Harald hatte von Beginn an eine klare Vorstellung davon, was aus der anfangs noch kleinen DUH werden sollte. Er hat die Entwicklung – in der Anzahl der Mitarbeitenden, in der Bedeutung der DUH im politischen Prozess – nicht nur begleitet, er hatte all das stets vor Augen. Er hat diese Entwicklung unterstützt und sie hat ihn begeistert. Und dies ließ er uns wissen: Er hat uns ermutigt, für die Ziele des Klima- und Umweltschutzes auch bei Gegenwind zu streiten. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen kannten Harald vor allem als eloquenten und heiteren Menschen, dem sie auf dem Sommerfest oder bei einer Betriebsversammlung begegnet sind. Er hat unsere Arbeit genau verfolgt, ohne sich einzumischen. Das ist kein Zufall, sondern entsprach seinem Selbstverständnis in dieser Rolle. Gleichzeitig hatte er stets ein offenes Ohr für die, die seinen Rat suchten oder sich mit ihm zu strittigen Fragen austauschen wollten. Das in uns gesetzte Vertrauen wird uns auch künftig begleiten.«



Dorothee Saar, Bereichsleiterin Verkehr & Luftreinhaltung



Wechsel im Bundesvorstand: Auf Gerhard Thielcke folgt 2001 Harald Kächele als Vorsitzender, oben links, 2021: Glückwünsche zum 20-jährigen Vorstandsjubiläum, unten links. Gemeinsam mit Mai Thi Nguyen-Kim, Umweltmedien-Preisträgerin 2020 und den Bundesgeschäftsführenden Sascha Müller-Kraenner (li), Barbara Metz (2.v.li) und Jürgen Resch (re), oben rechts. Schnappschüsse – in Berlin (unten rechts), und 2022 beim Betriebsausflug der DUH (Mitte rechts).

Fotos: Robert Lehmann (o.r.), alle anderen: DUH

2001 wurde Harald Kächele zum Vorsitzenden des Bundesvorstands der DUH gewählt. Mehr als 23 Jahre, fast ein Vierteljahrhundert lang, führt er den Umwelt- und Verbraucherschutzverband zu großen Erfolgen, aber auch ebenso sicher durch schwierigere Zeiten.

Er prägte eine Ära, vor allem gekennzeichnet vom Aufstieg und der Entwicklung eines vornehmlich in Fachkreisen bekannten Verbands vom Bodensee zu einer breit beachteten, kraftvollen und modernen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation mit erheblicher Wirkmacht. In diese Ära fallen einschneidende Ereignisse wie die Aufdeckung des Dieselgate-Abgaskandals durch die DUH, die Durchsetzung von Dosenpfand und Umweltzonen, das miterstrittene historische Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und vieles mehr. Die Inhalte lagen ihm immer am Herzen, aber auch die Schaffung von Verbandsstrukturen, die das Fundament für eine schlagkräftige Organisation bilden. Seiner klugen Organisationsentwicklung verdankt die DUH heute ihre große Stärke.

Die Lücke, die er hinterlässt, ist gewaltig. Als Vorsitzender, als Professor, als Mentor, als Freund, als Vater, als Ehemann – aber vor allem als positiver, begeisterter und andere begeisternder Mensch.

Harald Kächele starb am 25. Februar 2024 nach schwerer Krankheit. (mw) ■

»Wir sitzen in einem Café im Prenzlauer Berg. Harald bestellt eine große Portion zum Frühstück. Die junge Frau, die uns bedient, macht sich Sorgen, dass er das auch schafft. Er lacht und sagt: „Keine Sorge, ich brauche viel Energie!“ Als wir uns an diesem Frühlingstag im letzten Jahr verabredet haben, war er schon krank. Wir reden offen darüber, reden über das, was wichtig ist im Leben. Vor allem aber sprechen wir über die politischen Verhältnisse, die Rolle der DUH, das, was wir schon erreicht haben und noch erreichen müssen für Mensch, Natur und Umwelt.

Harald ist Umweltökonom. Er ist Professor und setzt sich mit wissenschaftlichem Blick mit umwelt- und gesellschaftspolitischen Fragen auseinander. In den Diskussionen mit ihm trifft Theorie auf Praxis, Wissenschaft auf Umweltverband. Die Weiterentwicklung der Organisation und die Frage, was macht die Umwelthilfe eigentlich aus, treibt ihn und uns um. Am Ende sind wir uns einig – die Deutsche Umwelthilfe hat sich zu einer wirkmächtigen Organisation entwickelt. Unser Potential entfalten wir vor allem darin, Umwelt-, Natur-, Klima- und Verbraucherschutz durchzusetzen, hartnäckig dranzubleiben und mit konkreten Aktionen und Maßnahmen Menschen zu ermutigen, selbst zu handeln für Natur und Umwelt. Harald hat diese Entwicklung gemeinsam mit uns mehr als 20 Jahre begleitet – für lebendige Flüsse und Seen war er mit uns in Elbe und Bodensee baden, ist zum Geo-Tag der Artenvielfalt mit dem damaligen Umweltminister in die Baumwipfel des Tiergartens gestiegen und er zeichnete unzählige UmweltMedienpreisträger aus. Vor allem aber hat er uns die Aufgabe übertragen, weiter mit all unserer Energie für Natur und Umwelt zu kämpfen – mit Teamgeist, Energie und immer auch einer Prise Humor. Im Namen der Bundesgeschäftsführung sagen wir – danke Harald!«



Ulrike Voß und Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführung

»So wie mich wird Harald viele in der DUH durch seine wertschätzende Art inspiriert haben. Ich werde nie vergessen, wie er – Jahre nachdem er meine Masterarbeit betreut hatte – mitten im Corona-Lockdown anrief und fragte, ob ich nicht Lust hätte, mich zusammen mit zwei anderen jüngeren Frauen über die DUH auszutauschen. Mit Rücksicht auf mein damals kleines Baby schaffte er es, ein regelmäßiges Format zu finden, an dem ich teilnehmen konnte. Für Harald war es selbstverständlich, dass sich ehrenamtliches Engagement an die Lebensrealität der Menschen anpassen muss – um auch bisher eher unterrepräsentierte Gruppen an das Ehrenamt bei der DUH heranzuführen.

Wichtig war ihm, die gewachsenen ehrenamtlichen Strukturen an die hauptamtliche DUH anzupassen, ohne Mitglieder zu verlieren und ohne uns zu überfordern. Sein Ideenreichtum bezüglich DUH steckte an – auch weil er alle stets gleichwertig mit einbezog. Haralds Einblicke in sein Denken – gerade in Bezug auf Führung in der DUH – haben mich sehr geprägt. Es ist schmerzhaft, dass wir diesen zukunftsorientierten, intelligenten und stets humorvollen Menschen an unserer Seite so früh verloren haben.«



Maria Boness, Mitglied der DUH

Wir klagen für verlässlichen Klimaschutz

Der Bundesregierung fehlt die Kraft für eine planvolle und langfristige Klimapolitik. Mit unseren Klimaklagen erzwingen wir Maßnahmenpakete, die das Potenzial besitzen, Treibhausgasemissionen tatsächlich zu senken.

Leider ist die gute Nachricht gleichzeitig auch eine schlechte: 2023 sind Deutschlands Treibhausgasemissionen kräftig gesunken – um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das beruht jedoch zu einem Großteil auf der schwächeren Konjunktur, nicht auf planvoller Klimapolitik. Erholt sich die Wirtschaft, sind wieder steigende Treibhausgasemissionen zu erwarten.

Wir nutzen ein mächtiges Instrument

Das Klimaschutzgesetz regelt ganz konkret, welche Pflichten die Bundesregierung hat, um das Erreichen der deutschen Klimaziele sicherzustellen: Bei einer Überschreitung der gesetzlichen CO₂-Obergrenzen, wie es im Verkehrs- und im Gebäudesektor der Fall ist, muss sie Sofortprogramme beschließen, um die Emissionen kurzfristig zu senken. Außerdem verpflichtet das Gesetz die Bundesregierung zu langfristigen Klimaschutzprogrammen. Auch darin muss sie Maßnahmen festlegen, um die Emissionsmengen einzuhalten. Allein aufgrund der Verletzung dieser Pflichten haben wir insgesamt fünf Klagen gegen die Bundesregierung auf den Weg gebracht.

Ein erster Meilenstein: Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hat die Bundesregierung im November 2023 dazu verurteilt, in den Sektoren Verkehr und Gebäude Sofortprogramme zu beschließen. In seinem Urteil folgt das Gericht unserer Auffassung, dass die Bundesregierung sich nicht an das Klimaschutzgesetz gehalten hat. Die Regierung ist in Revision gegangen, denn Verkehrsminister Volker Wissing will das Urteil nicht akzeptieren. Wir werten das als erneuten Beleg, dass sie auf Zeit spielt und den Klimaschutz ausbremst. Denn wir sind uns sicher, dass die höhere Instanz das OVG-Urteil bestätigen wird. Unsere Lösungsansätze kennt die Politik längst: Ein Tempolimit, der schnelle Verbrennerausstieg und eine Sanierungsoffensive für Gebäude zählen neben weiteren wichtigen Maßnahmen zu unseren Forderungen.



Auch auf der Straße machen wir unsere Forderungen sichtbar: Klimastreik am 1. März in Berlin.

Drei weitere Klimaklagen verhandelt das OVG Berlin-Brandenburg am 16. Mai. Wir klagen ein übergreifendes Klimaschutzprogramm ein. Zwar hat die Regierung im Oktober 2023 solch ein Programm beschlossen, doch sogar ihr eigener Expertenrat kritisiert dieses als völlig unzureichend. Selbst bei optimistischster Betrachtung verbleibt für alle Sektoren eine CO₂-Lücke von 200 Millionen Tonnen bis 2030. Diese Ambitionslosigkeit ist nicht nur rechts- sondern auch verfassungswidrig.

Auch der Mitte März vom Umweltbundesamt vorgestellte Projektionsbericht, mit dem die Bundesregierung zeigen will, dass sie klimapolitisch auf dem richtigen Weg ist, kommt nicht ohne geschönte Werte aus. Er rechnet an diversen Stellen Maßnahmen positiv auf die Klimabilanz an, die bereits vor Monaten abgesagt wurden und definitiv nicht kommen werden. Das gilt etwa im Gebäudebereich, in dem Maßnahmen bereits beim letzten Baugipfel gestrichen wurden oder für den Klimatransformationsfonds, durch den nach dem Verfassungsurteil

etliche Klimaschutzprojekte nicht mehr finanziert werden. Gleichzeitig existiert im Verkehrssektor nach wie vor eine riesige CO₂-Lücke von 180 Millionen Tonnen bis 2030.

Klimaschutz besitzt Verfassungsrang

Mit ihrem ambitionslosen Handeln missachtet die Regierung auch den historischen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts, den Jugendliche 2021 mit unserer Unterstützung erwirkt haben. Die Richterinnen und Richter haben damals das Gebot des intertemporalen Freiheitsschutzes etabliert. Vereinfacht gesagt: Notwendige Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht in die Zukunft verschoben werden, weil dadurch die Gefahr steigt, dass spätere Generationen umso härtere Grundrechtseingriffe treffen. Deswegen haben wir zusätzlich eine Verfassungsbeschwerde gegen das mangelhafte „Klimaschutzprogramm 2023“ auf den Weg gebracht.

Klimaklagen gegen Industrie-konzerne

In der Klimakrise müssen auch Unternehmen einen Beitrag zur angestrebten globalen und deutschen Treibhausgasneutralität leisten. Das ist nicht gesetzlich verankert. Bei unseren Klagen stützen wir uns deshalb darauf, dass ein direkter Zusammenhang zwischen den von Unternehmen verursachten CO₂-Emissionen und den drohenden Freiheitsbeschränkungen besteht.

Bereits 2021 haben wir Klagen gegen die beiden deutschen Autogiganten BMW und Mercedes-Benz und gegen den Mineralöl- und Erdgaskonzern Wintershall Dea eingereicht, um zu verhindern, dass sie weiterhin ungestört in einem Ausmaß wie sonst nur ganze Nationalstaaten für den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre sorgen. Es war früh klar, dass in einer solchen grundsätzlichen Rechtsfrage eine höchstrichterliche Entscheidung notwendig sein würde. Und so kommt es jetzt auch: Mit den Klagen gegen die beiden Autohersteller sind wir mittlerweile vor dem Bundesgerichtshof.

Foto: DUH



Eine Entscheidung in Sachen Wintershall Dea steht noch aus.

Wir nehmen auch Werbesprüche unter die Lupe

Damit klimabewusste Verbraucher gut fundierte Kaufentscheidungen treffen können, benötigen sie transparente und ehrliche Informationen. Werden Fotobücher, Babynahrung oder ein Girokonto als „klimaneutral“ beworben, geht die Kundin oder der Kunde davon aus, dass tatsächlich keine klimaschädlichen Emissionen mit dem Produkt oder der Dienstleistung verbunden sind. Wir prüfen das und gehen gegen Unter-

nehmen vor, die Greenwashing mit falschen und undurchsichtigen Werbeversprechen betreiben. So konnten wir zahlreiche Fälle von Verbrauchertäuschung mit rechtlichen Mitteln stoppen, teils auch mit Klagen.

(cs, jk)



Unterstützen Sie unsere Klimaklagen durch eine Patenschaft!

Seien Sie dabei und helfen Sie, die Finanzierung der Klimaklagen abzusichern oder auch inhaltlichen Input zu leisten. Allen Patinnen und Paten, die schon mitwirken, ein herzliches Dankeschön!



l.duh.de/klimaklagen2024

Ausschreibung

Umwelt Medienpreis

Ausschreibung 2024



Fotos: DUH/R. Lehmann, michageittraus/Fotolia.com (o)

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vergibt dieses Jahr zum 29. Mal den Umwelt-Medienpreis für die herausragende mediale Vermittlung von Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutzthemen. Die Auszeichnung soll Ansporn und Förderung sein für Medienschaffende, die sich mit der Zukunft unseres Planeten auseinandersetzen und Aufmerksamkeit und Interesse für Umwelt- und Klimaschutz wecken. Die Ehrung findet in Berlin statt.

Der Preis wird an Journalist:innen, Film:innen, Redakteur:innen, Umweltgruppen, Kreative, Autor:innen und Verleger:innen in den Kategorien **Text** (Zeitung, Zeitschrift, Buch, Blog, o.ä.), **Audio** (z.B. Podcast, Hörfunk) und **Video** (Fernsehen, Film, Online-Videokanal o.ä.) verliehen. Außerdem wird ein **Publikumspreis** ausgelobt für

Jetzt bis zum
15. Mai 2024
nominieren!

Menschen, denen es in besonderer Weise gelingt, als Person oder mit ihren Medienprodukten ihr Publikum für die genannten Themen zu begeistern. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Vermittlung an junge, digitale oder auch jene Zielgruppen, die nicht mehr über

klassische Nachrichtenmedien erreicht werden. Die Jury behält es sich zudem vor, wieder ein **Lebenswerk** zu würdigen.

Die Preisverleihung findet am **16. Oktober 2024** im Meistersaal, Potsdamer Platz, in Berlin statt.

Nominieren Sie jetzt die Kandidat:innen!

Alle Informationen zur Einreichung und zum UmweltMedienpreis finden Sie unter:

www.umweltmedienpreis.de





Flüssigerdgas-Terminals: Überflüssig und ein Klimarisiko

Bund und Länder treiben den Ausbau fossiler Infrastruktur in Form von LNG-Terminals an Nord- und Ostsee massiv voran, Umweltschutz und Beteiligungsrechte werden dabei ausgehebelt. Trotz gut gefüllter Gasspeicher sind Politik und Betreiber auch weiterhin nicht bereit, diese klima- und umweltschädlichen Ausbaupläne auf den Prüfstand zu stellen. Wir kämpfen nicht nur in Deutschland gegen diesen klimapolitischen Irrweg.

O bwohl der Füllstand der Erdgas-Speicher in den beiden vergangenen Wintern weit über der gesetzlichen Vorgabe lag, ging Ende 2022 bereits das erste schwimmende LNG-Terminal in Wilhelmshaven in Betrieb. Anfang 2023 folgten Terminalschiffe in Lubmin und Brunsbüttel. Weitere schwimmende Terminals sind im Hafen von Mukran auf Rügen sowie in Wilhelmshaven und Stade geplant. Ein massiver Neubau einer fossilen Infrastruktur!

Eine Überprüfung der Klima- und Umweltfolgen hat bisher für kein Terminal stattgefunden. Begründet durch eine Gas-

mangellage, die mittlerweile nicht mehr vorliegt, war Mitte 2022 das LNG-Beschleunigungsgesetz beschlossen worden. Es befreit schwimmende Terminals sowie die dazugehörige Infrastruktur von umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfungen. Gleichzeitig verkürzt es die Zeitfenster für Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft.

In Stade, Wilhelmshaven und Brunsbüttel sind neben den schwimmenden Terminals ab 2026 auch feste Anlagen an Land geplant. Diese sind noch gewaltiger als die Terminalschiffe und zementieren zudem die fossile Abhängigkeit über Jahrzehnte.

Industrialisierung deutscher Küstengebiete

Rügen ist ein besonders krasses Beispiel für die Folgen des übermäßigen LNG-Hungers. Das für seine einzigartige Natur bekannte Urlaubsziel wird durch den fossilen Ausbau zum Industriestandort. Doch unser Protest mit Bürgerinitiativen und Verbänden vor Ort war bereits erfolgreich: Das zunächst mit einer dreimal so hohen Kapazität geplante Projekt wurde kräftig zusammengedampft, der Standort vor Rügen neu verhandelt und in den Hafen Mukran verschoben. Der ur-

sprüngliche Vorhabenträger RWE ist abgesprungen. Rügen ist jedoch leider nicht das einzige Beispiel für die Industrialisierung an deutschen Küsten.

Vor Borkum soll das Wattenmeer für die Erschließung von Erdgasvorkommen geopfert werden. In einem Bündnis mit anderen NGOs gelang es uns 2023, die Bohrungen vor Borkum vorerst zu stoppen. Ein Urteil der Rechtbank Den Haag zu unserer Klage gegen das fossile Förderprojekt steht noch aus. Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich entschieden gegen die Gasbohrungen zu stellen sowie

meinsame europäische Strategie gegen den massiven Aufbau von Flüssigerdgas-Infrastrukturen. Hierfür vernetzen wir uns bundesweit und international. Gemeinsam mit Partnern haben wir im November 2023 die erste EU-LNG-Konferenz in Brüssel mit über 35 Organisationen aus ganz Europa durchgeführt: Hierbei haben wir den EU-Parlamentariern den Widerstand gegen die europaweiten Ausbaufantasien fossiler Infrastruktur aufgezeigt und alternative Lösungen diskutiert.

Der weltweit größte LNG-Exporteur sind die USA. Ein Team der DUH reiste im November 2023 gemeinsam mit Journalistinnen



**» Wir brauchen
ein radikales
Umdenken, das keine
neue fossile Förderung
in der Nordsee
zulässt! «**

Sascha Müller-Kraenner,
DUH-Bundesgeschäftsführer



Gemeinsamer Protest vor dem Landtag in Hannover gegen die geplante Gasförderung in der Nordsee

das Landesbergamt, den Genehmigungsantrag endgültig abzulehnen: „Wir brauchen ein radikales Umdenken, das keine neue fossile Förderung in der Nordsee zulässt und es dem belasteten Naturraum erlaubt, sich zu regenerieren.“ Unseren Forderungen haben wir im Februar mit Protesten vor dem niedersächsischen Landtag Nachdruck verliehen. Gegen die geplanten Gasbohrungen haben wir am 25. Januar zusammen mit der Climate and Sustainability Law Clinic der Freien Universität Amsterdam eine Beschwerde bei der OECD eingelegt.

Internationale Vernetzungsstrategien zeigen Wirkung

Damit eine klimazielkonforme Transformation gelingt, kämpfen wir für eine ge-

und Influencern nach Texas und Louisiana, um ihnen in den US-Staaten, aus denen bald das fossile Fracking-Gas kommen soll, Einblicke in die katastrophalen Auswirkungen des LNG-Hungers Europas und insbesondere Deutschlands zu vermitteln. Auf dieser Presereise haben wir auch unsere Netzwerke mit den Aktivistinnen und Aktivisten weiter ausgebaut, die auf US-amerikanischer Seite gegen die Expansion von LNG-Exportterminals kämpfen. Der Widerstand und die Proteste vor Ort, aber auch die transatlantischen Netzwerke, haben dazu beigetragen, dass es in den USA zu einem Umdenken kam: Präsident Biden kündigte im Januar 2024 ein Moratorium für den Bau und die Genehmigung neuer LNG-Exportterminals in den USA an. Von den fünf betroffenen Terminals haben vier eine direkte Verbindung nach

Deutschland. Müller-Kraenner fordert von Wirtschaftsminister Robert Habeck, dem Vorbild der US-Partner zu folgen und auch hierzulande ein LNG-Moratorium zu erlassen, bis dringend notwendige Umwelt- und Klimaprüfungen nachgeholt wurden.

Scheinlösung Wasserstoff

Der Bau der LNG-Terminals wird häufig mit einer späteren Nutzung für den Import von Wasserstoff gerechtfertigt. Grüner Wasserstoff oder seine Derivate werden aber in den nächsten Jahren nicht ausreichend vorhanden sein. Zumal auch die LNG-Infrastruktur dafür erheblich umgerüstet werden müsste, entpuppen sich die Ankündigungen als Greenwashing fossiler klimaschädlicher Projekte, die der Energiewende nur schaden, statt sie voranzutreiben. Deutschland steuert damit auf einen fossilen Lock-In zu.

Es bleibt weiterhin viel zu tun. Unsere bisherigen Erfolge zeigen, dass es sich lohnt, den Druck auf Politik und Unternehmen – auch auf dem Rechtsweg – aufrechtzuerhalten. (mp, ak) ■



Fordern Sie mit uns: „Monster-SUV raus aus meiner Stadt!“

Monster-SUV und Pickups verstopfen nicht nur unsere Innenstädte, sie gefährden andere Verkehrsteilnehmende und belasten die Umwelt. Solche übergroßen Fahrzeuge parken rechtswidrig in den Straßenraum hinein oder auf Geh- und Radwegen, da sie in die innerstädtischen Norm-Parkplätze mit ihrer Länge und Breite schlicht nicht hineinpassen.



blem von Monster-SUV stoppen. Wir fordern innerstädtische Parkbeschränkungen für übergroße Fahrzeuge ab fünf Metern sowie erhöhte Parkgebühren für besonders große Autos. Das missbräuchliche Parken übergroßer Fahrzeuge über markierte Flächen hinaus muss zukünftig konsequent durch die Städte geahndet werden.

In vielen hundert deutschen Städten werden wir offizielle Anträge stellen, um dort wirksam gegen die Flut von übergroßen Stadtgeländewagen und Lifestyle-Pickups vorzugehen. Wünschen Sie sich auch mehr Verkehrssicherheit und eine nachhaltige Mobilität in Ihrer Stadt? (*cas*) ■

Im Februar 2024 haben die Menschen in Paris im Zuge eines Bürgerentscheids gezeigt, dass sie keine übergroßen Autos mehr in ihrer Stadt haben möchten: Für Besucher und Besucherinnen mit besonders großen und schweren Fahrzeugen werden die Parkgebühren dort ab September um das Dreifache erhöht. In Deutschland sind ähnliche Regelungen notwendiger denn je, denn in keinem anderen europäischen Land sind neue Autos breiter. Wir wünschen uns hierzulande, angelehnt an das Pariser Vorbild, ebenfalls lebenswerte Innenstädte

mit sauberer Luft und mehr Sicherheit für Menschen – ganz ohne Monster-SUV. Damit wir echte Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Mobilität schaffen, haben wir im Februar unsere Aktion „Keine Monster-SUV in meiner Stadt!“ ins Leben gerufen.

Gemeinsam verändern wir das deutsche Stadtbild!

Sie können sich gemeinsam mit uns gegen übergroße Fahrzeuge in Ihrer Stadt wehren und damit das immer größer werdende Pro-

Nennen auch Sie uns Ihre Stadt, in der wir einen Antrag stellen sollen! Vielen Dank für Ihr Mitwirken!

l.duh.de/monstersuv



Foto:DUH

Machen Sie mit bei DUH inAktion!



Unsere neues Engagementformat DUH inAktion ist erfolgreich gestartet. Egal ob Petitionen, Abgeordnetengespräche oder investigative Mehrwegchecks auf Weihnachts- und in Supermärkten – wir waren unüberhörbar! Das ist wichtig. Denn gerade in herausfordernden Zeiten ist es essenziell, sich für den Schutz von Umwelt und Klima stark zu machen.

Dafür braucht es auch Sie: Wir laden Sie sehr herzlich ein, jetzt gemeinsam mit uns aktiv zu werden! Tragen Sie sich direkt in unseren DUH inAktion-Verteiler ein und verpassen Sie keine DUH-Aktionen mehr! Sie haben noch offene Fragen? Kein Problem: Schreiben Sie uns, wir melden uns bei Ihnen! Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung! (*fla, lvr*) ■

Werden Sie aktiv!

Alle Infos und Kontakt:
Franziska Lange
f.lange@duh.de

l.duh.de/inaktion





Auch Mieterinnen und Mieter können an der dezentralen Energiewende teilhaben: mit einem Stecker-Solargerät, auch Balkonkraftwerk genannt.

Sonnenturbo mit viel Luft nach oben

Der Zubau der Photovoltaik (PV) im Jahr 2023 war mit über 14 Gigawatt neu installierter Leistung so hoch wie niemals zuvor und übertraf die von der Bundesregierung ausgegebenen Jahresziele. Aber ist das wirklich Grund zu feiern? Aus klimapolitischer Sicht ein klares Nein! Wir machen mit einem Städte-Ranking sichtbar, wo es hapert.

Um das 1,5-Grad-Ziel von Paris zu erreichen, benötigt Deutschland mindestens 590 Gigawatt installierte PV-Leistung bis 2035. „Die Bundesregierung muss deshalb ihre bestehenden Solarausbau-Ziele mehr als verdoppeln“, erklärt Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz.

Zwischen bundespolitischen Sonntagsreden und den Realitäten vor Ort klappt eine riesige Lücke. Diese zeigen wir in einem Ranking des PV-Zubaus deutscher Großstädte auf, das wir anhand öffentlich verfügbarer Daten der Bundesnetzagentur angefertigt haben. Ergebnis: Gemessen an den ohnehin schwachen politischen Zielen, bekommen lediglich sieben der 82 deutschen Großstädte von uns eine grüne Karte. Nutzen Sie unser Ranking (siehe unten), um vor Ort Druck zu machen – fast überall ist Luft nach oben!

Bürokratische Hürden und mangelnde Anreize

Um den Solarstrom-Zubau zu entfesseln, braucht es neben festen Leitplanken wie

dem Solarstandard für Neubau und Bestandsgebäude eine maximale Entbürokratisierung für Mieterstrom und für PV im Denkmalschutz. Dasselbe gilt auch für Energy Sharing – hier fehlt zudem ein finanzieller Anreiz. Für all diese Punkte machen wir uns in unserer politischen Arbeit stark – aktuell vor allem rund ums Solarpaket I.

Bei unserem Einsatz für Steckersolargeräte – sogenannte Balkonkraftwerke – geht es nicht allein um das solare Erzeugungspotenzial. „Wir möchten damit die breite Bevölkerung beim Mitmachen unterstützen“, sagt Metz. Mit Balkonkraftwerken wird die Energiewende auch für Mieterinnen und Mieter unmittelbar erfahrbar. Hier liegt riesiges Potenzial für eine dauerhafte Akzeptanz der Energiewende.

Kommunale Wohnbauunternehmen können in diesem Kontext eine Schlüsselrolle spielen. Deshalb suchen wir auch mit ihnen den Dialog. „Mit der Wohnbau Salzgitter haben wir eine wegweisende Kooperation zur Ausstattung ausgewählter Bestände mit rund 50 Balkonkraftwerken geschlossen. Das ist dank einer Unterstüt-

zung der Deutschen Postcode Lotterie möglich“, freut sich Metz. Etwa ab Mitte des Jahres werden die Mieterinnen und Mieter von den reduzierten Stromkosten profitieren. „Wir hoffen, dass möglichst viele andere Wohnungsunternehmen diesem Leuchtturm folgen werden!“ (rw) ■

Mehr Informationen

Das Städte Ranking finden Sie hier:

l.duh.de/solaroffensive



Förderer:



Volle Kraft voraus für Mehrweg

Obwohl Abfallvermeidung an oberster Stelle in der Abfallhierarchie steht, steigt die Menge an Verpackungen hierzulande weiterhin an: Mit 237 Kilogramm Verpackungsabfall pro Kopf zählt Deutschland zu den Spitzenreitern in der EU. Wir treten für eine nachhaltige Verpackungswende ein und konnten einige Erfolge erzielen.

In unserer Plastikfreie Städte-Kampagne setzen wir uns gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern für die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer ein – mit Erfolg: So haben Konstanz, Heidelberg und Kleinmachnow beschlossen, die Steuer ab 2025 zu erheben. Weitere Städte wie München oder Freiburg zeigen Interesse.

Auch unser Thema Einweg-Pfand macht Fortschritte. Nach jahrelangem Einsatz wurde die Pfandpflicht ab 2024 auf Milchgetränke ausgeweitet. Um die Mehrwegquote für Getränkeflaschen von aktuell 43 Prozent auf die gesetzlich festgeschriebenen 70 Prozent zu erhöhen, sind weitere Anstrengungen nötig: Wir fordern eine Pfandpflicht-Ausweitung auf Getränkekartons und die Einführung einer Einweg-Abgabe in Höhe von mindestens 20 Cent zusätzlich zum Pfand.

Seit 2023 sind viele Restaurants und Cafés dazu verpflichtet, ihren Kundinnen und Kunden Mehrwegboxen und -becher für Speisen und Getränke anzubieten. Unsere stichprobenartigen Tests haben offenbart,



Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz (Mitte) und Team bei einer Protestaktion gegen Einwegmüll von McDonald's.

dass große Ketten und Franchisebetriebe sich kaum daran halten. Wir haben geklagt und konnten die Bäckereikette Yorma's, Franchisenehmer von Dunkin Donuts sowie eine Edeka-Filiale via Gerichtsurteilen dazu bringen, Mehrwegangebote zu etablieren.

Kinokette geht bei Mehrweg voraus

Im Dezember 2023 überreichte Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz dem CineStar-Geschäftsführer Oliver Fock für den vollständigen Umstieg der Kette auf Mehr-

wegbecher, das aktive Informieren der Kunden und die umweltschonende Logistik eine Best Practice-Auszeichnung. Der Umstieg ist wegweisend für die gesamte Kinobranche. Die in 2023 erreichte Einsparung von rund 1,6 Millionen Einwegbechern zeigt das große Abfallvermeidungspotential.

(db, nw)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Steuergelder für Verpackungswahnsinn

Wussten Sie, dass Deutschland die Kunststoff- und Verpackungsindustrie jedes Jahr mit rund 1,4 Milliarden Euro für nicht recycelte Plastikverpackungen subventioniert? Es handelt sich dabei um die Plastiksteuer, die seit 2021 von allen Mitgliedstaaten für nicht-recycelte Plastikverpackungen an die Europäische Union fällig wird: pro Tonne 800 Euro. In Deutschland summiert sich das auf sage und schreibe 1,4 Milliarden Euro – jedes Jahr. Zur Größenordnung: Im Bun-

deshaushalt 2024 stehen für den Bereich Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung nur 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Bundesregierung entnimmt dieses Geld aus der Steuerkasse, statt die Hersteller schlecht oder gar nicht recycelbarer Verpackungen in die Pflicht zu nehmen – wie eigentlich von der EU beabsichtigt. Diesen industriefreundlichen und umweltfeindlichen Kurs will sie bis 2025 beibehalten.

Die Lösung wäre eine intelligente bundesweite Steuer für Plastikverpackungen,

wie wir sie seit Jahren fordern. Sie würde nicht nur die Kosten fair verteilen, sondern böte den Herstellern einen echten Anreiz für Abfallvermeidung, Mehrweglösungen, besser recycelbare Verpackungen sowie den vermehrten Einsatz von Recyclingmaterialien. Andere Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Spanien machen das bereits vor. (kp)



DU BIST NUR EIN MAL JUNG!*

* Etwa eine LKW-Ladung Plastik landet pro Minute im Meer. Plastikmüll zersetzt sich im Meer durch Brandung, Wellengang, Salzwasser und UV-Strahlung in seine kleinsten Teile. Gleichzeitig gelangt das Plastik teilweise auch schon als Mikroplastik ins Meer. In 6500 Metern Tiefe wurde eine neue Krebsart entdeckt. Auch sie hatte eine PET-Faser im Bauch und bekam daher den Namen Eurythenes plasticus. Who cares?

6 AUSGABEN
25 EURO

Klimafakten in Perspektive gesetzt.
BIORAMA
MAGAZIN FÜR NACHHÄLTIGEN LEBENSSTIL



Wir machen Deutschland fit für den Otter

Wegen des Pelzes begehrt, als Konkurrent um Fisch verhasst, wurde er hierzulande lange gezielt bejagt und fast ausgerottet. Nun kehrt der muskulöse Schwimmer zurück. Noch ist der Fischotter in einigen Regionen Deutschlands aber selten. Unsere Vision: Ganz Deutschland soll wieder Otterland werden, mit naturnahen Flüssen und sicheren Wanderwegen für die Tierwelt.

Der Fischotter bevorzugt saubere, fischreiche Flüsse, Bäche oder Seen, deren naturnahe Ufer Möglichkeiten für die Nahrungssuche und Verstecke für Ruhezeiten bieten. Er durchstreift die Landschaft großräumig und orientiert sich als guter Schwimmer am Gewässernetz. Insbesondere junge Rüden, die auf der Suche nach eigenen Revieren oder einer Partnerin sind, legen dabei weite Strecken zurück.

So geraten sie auch in Flusslandschaften, die als solche kaum noch zu erkennen sind: Betonbetten, steile Ufermauern, Abwasser-Einleitungen, bis an den Uferand reichende Ackerfluren und Wohngebäude haben den einstigen Lebensraum in eine unwirtliche, gefährliche Welt verwandelt. Vor

allem an Straßenbrücken endet die muntere Otter-Wanderung oft tödlich.

Durch seine hochmobile Lebensweise entlang der Flüsse und Auen gilt der Otter als Leitart für intakte und vernetzte Gewässerlandschaften. Davon würden auch zahlreiche weitere Tierarten profitieren. Doch leider ist das Gewässernetz in Deutschland kaum noch irgendwo intakt. Hinzu kommen Klimawandelfolgen — Feuchtgebiete und Gewässer trocknen aus und mit ihnen verschwindet ihr Nahrungsangebot.

In Polen, Tschechien, Nord- und Ostdeutschland sowie Westfrankreich konnten sich fortpflanzungsfähige Vorkommen des Fischotters erhalten. Dazwischen klappt ein breiter „Auslöschungskorridor“. Demnach

trägt unser Land eine besondere Verantwortung, den Fischotter zu schützen und seine Ausbreitung nach Westen zu unterstützen. In Thüringen und Sachsen-Anhalt konnten die Schutzprojekte der DUH zahlreiche Gefahrstellen an Straßen entschärfen und somit die Wiederbesiedelung vorantreiben.

Der blaue Biotopverbund

In den nächsten Jahren widmen sich neben der DUH und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung sechs weitere Partner im Projekt „Deutschland wieder Otterland“ der Renaturierung und Vernetzung von Gewässerlandschaften. Dazu werden praxis-

Naturnahe Flüsse, Bäche und Seen, deren Wasser frei von Schadstoffbelastungen ist, sind einzigartige Lebensräume für unsere Tierwelt. Mit unseren Fischotter-Projekten tragen wir dazu bei, dass es wieder mehr ökologisch intakte Gewässerlandschaften gibt.



erprobte und übertragbare Ansätze identifiziert und sowohl größerer Flüsse als auch kleinere Gewässer naturnah entwickelt. Das hilft nicht nur dem Fischotter, sondern ist ein Beitrag zur Klimawandel-Anpassung, zur natürlichen Hochwasservorsorge und für einen gesunden Landschaftswasserhaushalt.

Konflikte an Fischteichen

Vielerorts finden Fischotter Gewässer vor, die einen schlechten ökologischen Zustand aufweisen. Dann sind Fischteiche häufig die einzige sichere Nahrungsquelle. Damit keine Konflikte mit Teichwirtinnen und -wirten entstehen, ist Prävention vonnöten. An Wirtschaftsteichen können Elektrozäune kombiniert mit Ablenkteichen, die für Otter leicht zugänglich sind und wirtschaftlich uninteressante Fischarten enthalten, ein wirksamer Schutz sein. *(ch, kw, sas, pcy)*

Gemeinsam für Otterland

Das Projekt „Deutschland wieder Otterland“ wird gefördert im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Darin setzen wir uns mit sieben weiteren Partnern für die bundesweite Vernetzung von Gewässerlandschaften ein. Dank ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützt uns die Deutsche Postcode Lotterie in einem weiteren Projekt zur „Förderung der Westausbreitung des Fischotters“, in dem verschiedene otterfreundliche Biotopverbesserungen umgesetzt werden.

Förderer:



Dank dieser beiden Fördermittelgeber und unserer Fischotter-Patinnen und -Paten können wir ab diesem Jahr noch mehr Naturschutzaktivitäten für den Otter auf den Weg bringen.

L.duh.de/fischotter2024



Foto: spurno/stock.adobe.com

Anzeige

WEITERDENKEN. DER GROSSE BULLSHIT-WORT-TEST

Wer ist „Der kleine Mann“, wer sind „Die da oben“, was ist eine „Brandmauer“, wie geht „Weltretten“, wie ist man „auf Augenhöhe“ mit der „hart arbeitenden Bevölkerung“, den „sozial Schwachen“, dem „Boomer“ und den „urbanen Eliten“ – und was ist eigentlich „gesunder Menschenverstand“?

Mit Robin Alexander, Sibylle Berg, Lea Bonasera, Daniel Cohn-Bendit, Samira El Ouassil, Heike-Melba Fendel, Arno Frank, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Wolfgang Kaleck, Claudia Kemfert, Diana Kinnert, Wolf Lotter, Nils Minkmar, Armin Nassehi, Boris Palmer, Andrea Paluch, Bernhard Pörksen, Bernhard Pötter, Christian Schneider, Uwe Schneidewind, Florian Schroeder, Paulina Unfried, Harald Welzer und Juli Zeh.

taz **FUTURZWEI**
Magazin für Zukunft und Politik



Die neue
taz **FUTURZWEI**

» taz FUTURZWEI-
Abo-Prämie
Gutschein über 10 Euro
für Einkäufe im taz Shop



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Unsere Tier-Patenschaften bei Stiftung Warentest: Einfach ausgezeichnet!

Es ist immer wieder wundervoll zu sehen, dass sich Menschen wie Sie für die gute Sache engagieren. Egal ob beim Unterzeichnen von Aktionen, der Spende an Herzensprojekte oder auch im Einsatz mit einer Patenschaft: Das wichtigste ist doch immer, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Für uns geht daher nichts über Transparenz und den verantwortungsvollen Umgang mit Spenden und Ressourcen. Wir sind stolz, dass dieses Bestreben nun auch von der Stiftung Warentest gewürdigt wurde.

Wer eine neutrale und unabhängige Bewertung von gemeinnützigen Organisationen sucht, wird beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und jetzt aktuell auch bei der Stiftung Warentest fündig. Deren Einschätzungen basieren auf strengen Regularien und anspruchsvollen Transparenzkriterien. Eine eingehende Prüfung und die Offenlegung verschiedenster Daten sind Voraussetzung, um als Organisation eine Auszeichnung oder ein Siegel zu erhalten. Diese Orientierungshilfe soll Spenderinnen und Spender dabei unterstützen, das für sie passende Spendenprojekt und seriöse Organisationen für sich zu identifizieren. Aus Überzeugung richten wir

unsere Arbeit daher strikt nach diesen Vorgaben aus. Umso mehr freuen wir uns, dass wir nun neben dem DZI-Spendensiegel für wirksame und sparsame Mittelverwendung den offiziellen Ritterschlag der Stiftung Warentest erhalten haben.

So wurde bewertet

Zum Jahreswechsel hatte Finanztest 15 Tierpatenschaften ganz genau unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Von allen untersuchten wurden unsere Tier-Patenschaften als einzige mit „hoher Transparenz“ ausgezeichnet. Die Prüfung erfolgte von Juni bis November 2023, wobei die

Stiftung Warentest in Kooperation mit dem DZI zehn Spendenorganisationen und fünf Zoos mit hohem Bekanntheitsgrad auf den verantwortungsvollen Umgang mit Spenden testete. In einem umfassenden Fragebogen wurden verschiedene Aspekte wie der Lebensraum der Tiere, die Verwendung der Spenden und die Ausstellung von Spendenbescheinigungen analysiert. Neben detaillierten Angaben zur Patenschaft wurden dabei Stellschrauben wie Verwaltungs- und Werbekosten, Jahresberichte, Gehaltsstrukturen abgefragt und in der Tiefe durchleuchtet. Das Ergebnis: Unsere Patenschaften haben die strengen Kriterien nicht nur mit Bravour bestanden,



Coalition (ASOC), bis hin zum Erhalt der Krillbestände und damit der Lebensgrundlage unserer majestätischen Frackträger. Letztes Jahr konnten wir so ein dringend benötigtes Treffen zur Harmonisierung der Krillfischerei mit den relevanten Fischerei-Nationen anschieben. Wir setzen alles daran, den holistischen Schutz unserer Patentiere zu gewährleisten. Jede einzelne Spende sicher, effektiv und transparent für die Naturschutzarbeit einzusetzen, ist dabei unser höchstes Gut.

An dieser Stelle danken wir allen unseren Patinnen und Paten von Herzen. Ohne Ihr Vertrauen wäre unsere Arbeit nicht möglich. Es freut uns über die Maßen, dass die Stiftung Warentest dies würdigt und bescheinigt. Wir bleiben dran! (as)

sie erhielten auch als einzige die Auszeichnung „hohe Transparenz“.

Diese große Anerkennung sehen wir als Versprechen an unsere treuen Patinnen und Paten: Ihr Beitrag kommt an und er wirkt nachhaltig. Transparenz bedeutet für uns vor allem eines: Gewissheit zu schaffen, dass mit jedem gespendeten Euro die maximale Wirkung erzielt wird. Wir sind dankbar für das Vertrauen unserer Unterstützerinnen und Unterstützer und nehmen die positive Bewertung als Ansporn, unseren Einsatz für bedürftige Tierarten weiter zu verstärken. Für uns ist das erst der Anfang: Wir werden den medialen Rückenwind nutzen, um noch mehr für unsere Patentiere zu geben und ihre Lebensräume mit all unserem Know-how zu schützen.

Egal ob seltene Wildbiene, bedrohter Fischotter, vertriebener Schweinswal oder der Pinguin auf verzweifelter Nahrungssuche – wir bleiben am Ball und schützen die Tiere mit ganzheitlichen Konzepten.

Ein Beispiel für unseren ganzheitlichen Ansatz

In Bezug auf die Kaiserpinguine bedeutet es, dass wir uns verstärkt für den Erhalt ihres permanent schrumpfenden Lebensraums einsetzen. Wir denken ganzheitlich und erweitern stetig unsere Maßnahmen. Angefangen beim Kampf für die Errichtung neuer Schutzgebiete, über die politische Mitwirkung beim Schutz des Polarmeeres in Kooperationen wie der Southern Ocean



Alle Informationen

Hier finden Sie Details zu unseren Patenschaften:



l.duh.de/patenschaften
2024

Foto: Pixabay

Anzeige

50 Jahre Wir feiern – Feiern Sie mit! Nationalpark



50%
Rabatt auf
alle Ausgaben*
mit dem Code
Heft50

Nationalpark lesen war noch nie so günstig!

Sie interessieren sich für ein bestimmtes Thema rund um Natur und Wildnis oder möchten eine Lücke in Ihrer Sammlung füllen? Dann stöbern Sie jetzt in unserem Archiv und entdecken Sie die Highlights von Nationalpark! Mit dem Rabatt-Code Heft50 erhalten Sie alle Print- und PDF-Ausgaben zum halben Preis (*ausgenommen das aktuelle Heft).



www.nationalparkzeitschrift.de/50Jahre



Bedrohte Wildnis im Herzen Europas

Über eine Fläche von 900 Quadratkilometern erstrecken sich seine Flussarme, Moore, Auen und Wälder säumen seine Ufer: Das Stettiner Haff ist die zweitgrößte Lagune der Ostsee und Heimat für eine Vielfalt von Tieren und Pflanzen, die es so in Mitteleuropa kaum noch gibt. Doch das Feuchtgebiet an der deutsch-polnischen Grenze leidet seit Jahren unter erheblicher Verschmutzung. Um auf den gefährdeten Zustand dieses einzigartigen Ökosystems aufmerksam zu machen, verleihen die internationale Umweltstiftung Global Nature Fund (GNF) und das von ihr koordinierte globale Seennetzwerk Living Lakes dem Stettiner Haff den Titel „Bedrohter See des Jahres 2024“.



Über das Stettiner Haff münden die Flüsse Oder und Peene in die Ostsee. Der Westteil des Haffs liegt in Mecklenburg-Vorpommern, der Ostteil in Polen.



Im Sommer 2022 sorgte die Oder für Schlagzeilen, als entlang des 840 Kilometer langen Flusslaufs massenhaft Fische starben. Die Umweltkatastrophe wirft ein Schlaglicht auf ein Problem, das schon lange vorher bestand: Seit Jahrzehnten ist das Stettiner Haff durch die erhebliche Verschmutzung durch umliegende oder flussaufwärts gelegene Industriebetriebe und die Nährstoffeinträge aus landwirtschaftlichen Aktivitäten bedroht. Hinzu kommt zunehmender ökologischer Stress durch den Klimawandel. In den letzten Jahren hat zusätzlich noch der Schiffsverkehr in

dem Gebiet zugenommen, sowohl in Bezug auf das Verkehrsaufkommen als auch die Größe der Schiffe, wodurch die Lagune noch stärker belastet wird.

Ökologischer Knotenpunkt an der deutsch-polnischen Grenze

Das Stettiner Haff spielt eine Schlüsselrolle beim Erhalt der Artenvielfalt in der südlichen Ostsee. Viele seltene Vogelarten sind hier zu Hause, wie Seeadler, Schreiadler, Schwarzstorch und Rohrdommel. In den Wasserläufen der Seen finden Biber und Fischotter ihr Jagdrevier und viele Fisch-

arten ihre Laichgründe. Zudem ist das Stettiner Haff ein beliebter Rastplatz für Zugvögel aus dem Norden und ein wichtiges Winterquartier für Hunderttausende von Wasservögeln.

„Das Oderdelta mit dem Stettiner Haff in seinem Zentrum gehört zu den wenigen Resten unberührter Wildnis auf unserem Kontinent. Die Oder ist einer der letzten Flüsse in Europa mit einem nahezu unberührten Flusslauf. Die Katastrophe vom Sommer 2022 mit massiven Auswirkungen auf die Artenvielfalt und das gesamte Außenlandschaftssystem zeigt die Verletzlichkeit unserer Naturperlen in einem widrigen Umfeld. Das darf sich nicht wiederholen – nicht im Oderdelta und nirgendwo sonst“, begründet der Biologe Thomas Schaefer, der beim GNF die Bereiche Naturschutz und Living Lakes leitet, die Ernennung des Stettiner Haffs zum „Bedrohten See des Jahres 2024“.

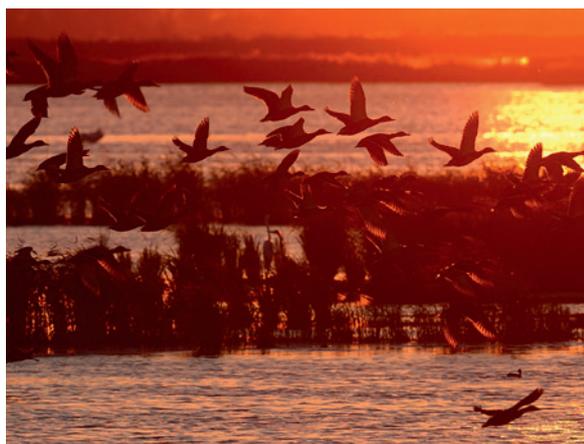
Dringender Handlungsbedarf für Europas Gewässer

Das Stettiner Haff steht stellvertretend für den ökologischen Zustand der Gewässer in Europa. Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur aus dem Jahr 2018 wiesen zwischen 2010 und 2015 nur etwa 40 Prozent der europäischen Oberflächengewässer – Flüsse, Seen, Übergangs- und Küstengewässer – einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand auf. Die restlichen 60 Prozent bedürfen verstärkten Schutzes oder sogar Wiederherstellungsmaßnahmen, um den Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gerecht zu werden.

Erster deutscher „Bedrohter See des Jahres“

Das Stettiner Haff ist der erste deutsche und zweite europäische See, der den Titel „Bedrohter See des Jahres“ erhält. Bereits seit 2004 ernennen der GNF und das Netzwerk Living Lakes einmal im Jahr den „Bedrohten See des Jahres“. Der erste war der Chapalasee in Mexiko, zuletzt ging die alarmierende Auszeichnung an den lateinamerikanischen Titicacasee.

Seen und Feuchtgebiete, wichtige Speicher unseres kostbaren Süßwassers, gehören zu den gefährdetsten Ökosyste-



Viele Brutvögel sind auf das Stettiner Haff angewiesen und tausende Zugvögel rasten hier. Der Seeadler (oben) zählt zu den prominentesten Vertretern der Vogelwelt im Haff.

men überhaupt. Der Klimawandel beschleunigt die schwerwiegenden Auswirkungen von Übernutzung, Raubbau, Degradierung und Verschmutzung zusätzlich. Das internationale Netzwerk Living Lakes hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, diese sensiblen Lebensräume zu erhalten und wiederherzustellen. In Europa haben sich im

Rahmen des Netzwerkes Living Lakes acht Umweltschutzorganisation zu dem Verein ELLA (European Living Lakes Association) zusammengeschlossen, um den Schutz europäischer Seen und Feuchtgebiete stärker in den Fokus zu rücken. (es) ■

Ihr Fest für die Umwelt:

Sammeln Sie Spenden statt Geschenke!

Zur gratis Spendenbox:

www.l.duh.de/spendenaktion



Ob Geburtstag, Hochzeit oder Jubiläum:
Mit der Spendenaktion setzen Sie ein Zeichen
für die Umwelt!



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: SozialBank | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

